Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 43

Artikel: Tatsachen der europäischen Integration : Gedanken zur Integration der Schweiz [Schluss]

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076812

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tatsachen der europäischen Integration (Schluss)

Gedanken zur Integration der Schweiz

In den letzten Nummern sind an dieser Stelle die Grundlagen über die europäische Integration ausführlich dargelegt worden. Die Serie wurde eingeleitet durch eine Untersuchung über die sowjetische Stellungnahme gegenüber der EWG, weil das Tempo der europäischen Integration durch die kommunistische Gefahr diktiert wird. Wegen dieser Bedrohung muss in Monaten und Jahren verwirklicht werden, was sonst in Jahrzehnten hätte wachsen können. Nach einer Vermittlung wichtiger Daten ist schliesslich die schweizerische Stellungnahme in der letzten Nummer leicht gekürzt wiedergegeben worden. Zum Abschluss der Folge sollen heute einige Gedanken zur Integrationsfrage geäussert werden.

1. Erreichtes und Geplantes

Die Zielsetzung der EWG ist bereits mehrfach erwähnt worden. Dieser Zusammenschluss zunächst wirtschaftlicher und danach auch politischer Natur soll es erlauben, die Kräfte der freien Welt zusammenzufassen. Durch Organisation im grösseren Raum und vermehrte Rationalisierung soll diesen Kräften zudem eine grössere Wirkung gesichert werden.

Auf diesem Wege hat die EWG bedeutende Anfangserfolge erzielt. Ihre Wachstumsrate hat jene der andern Länder der freien Welt bereits überflügelt. Ihr Bruttosozialprodukt liegt noch unter jenem der Sowjetunion. Zusammen mit den übrigen westeuropäischen Staaten einschliesslich Grossbritanniens übertrifft das Bruttosozialprodukt aber bereits jenes der Sowjetunion und kommt an die Leistung des Ostblocks heran.

Die EWG muss im Endergebnis über den westeuropäischen Raum hinausgreifen und die atlantische Gemeinschaft, das heisst die enge Zusammenarbeit mit Nordamerika verwirklichen. Dann erst ist die Kraft der freien Welt geballt und vermag das Sozialprodukt des Ostblocks zu übertreffen.

Präsident Kennedy hat am 4. Juli dieses Jahres vor den Gouverneuren der 50 Bundesstaaten eine Ansprache gehalten, in der er ausführte:

«Die Nationen Westeuropas — lange durch bittere Fehden gespalten — schliessen sich zusammen und versuchen, wie dieses unsere Vorväter taten, Freiheit in der Vielfalt und Stärke in der Einheit zu finden. Die Vereinigten Staaten blicken auf dieses grosse Unterfangen mit Hoffnung und Bewunderung. Wir sehen in einem starken und geeinigten Europa nicht einen Rivalen, sondern einen Partner... Ich möchte es hier und an dieser Stelle und an diesem Unabhängigkeitstag aussprechen, dass die Vereinigten Staaten zu einer Erklärung der gegenseitigen Abhängigkeit bereit bereit sein werden; dass wir bereit sein werden, mit einem Vereinten Europa die Mittel und Wege zur Bildung einer konkreten Atlantischen Partnerschaft zu erörtern. All dies wird nicht in einem Jahr vollbracht sein, aber die Welt soll wissen, dass dieses jetzt unser Ziel ist. Wir können ein Abschreckungsmittel schaffen, das so gewaltig ist, dass es jede Agression unterbindet. Und schliesslich können wir dazu beitragen, eine Welt des Rechts und der Entscheidungsfreiheit zu schaffen, und damit die Welt des Krieges und des Zwanges zu verbannen.»

In Verfolgung dieser Linie hat Präsident Kennedy am 11. Oktober die «Trade Expansion Act» unterzeichnet, die als Schritt von historischer Bedeutung bezeichnet wird und EWG-Verhandlungen mit den USA für 1964 als wahrscheinlich erscheinen lässt.

2. Notwendigkeit der Integration

Die *Integration* an sich fliesst aus einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, und zwar unabhängig von der politischen Lage. Sie ist eine Folge des technischen Fortschritts, der mit der Elektronik und Automation zu immer komplizierteren und damit auch kostspieligeren Produktionsweisen führt. Die hierzu benötigten Fabrikationseinrichtungen können nur durch Grossunternehmen verantwortet werden, die ihrerseits auf kontinentale Absatzmärkte angewiesen sind. Aus diesem Grunde ist die Integration genau so unumgänglich, wie die Ablösung des mittelalterlichen Handwerks durch die moderne Industrie es war. Man kann diese Entwicklung bedauern oder befürworten; aber aufhalten lässt sie sich nicht.

Die *Geschwindigkeit,* mit der die Einheit Westeuropas vollzogen wird, hängt nun allerdings von politischen Faktoren ab. Ohne Bedrohung der freien Welt durch den Herrschaftsanspruch einer totalitären Bewegung könnte diese Entwicklung gemächlich und damit organisch verlaufen, was die Anpassungsschwierigkeiten auf ein erträgliches Mass beschränken würde.

Im Hinblick auf die kommunistische Gefahr ist jedoch eine rasche Integration notwendig. Sie stellt eine der realen Möglichkeiten dar, unter Vermeidung des Krieges die Freiheit zu sichern und ihr die Offensive zu verschaffen. Nur durch die Integration wird diese Leistung ohne erhebliche Absenkung des Lebensstandardes erbracht werden können. Dank der Rationalisierung im grösseren Raum wird nämlich die Arbeitsproduktivität gesteigert, was beträchtliche Mittel freisetzen muss.

Wenn diese Vorteile unter normalen Umständen dem Konsumenten zugute kämen, könnten sie jetzt ohne Gefährdung des Lebensstandardes zur Finanzierung jener Massnahmen herangezogen werden, die zur Abwehr des Kommunismus nötig sind: Ausbau der wissenschaftlichen Forschung, sachliche Aufklärung und Entwicklungsförderung.

3. Die Schweiz und die Integration

Der wirtschaftliche Zusammenschluss Westeuropas im Rahmen der EWG wird zweifellos in einen politischen Zusammenschluss ausmünden. Das greift an die Souveränität und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten.

Es ist nicht leicht, heute schon die Folgen zu bestimmen, die sich aus einem Beitritt zur EWG als Vollmitglied (und nicht nur als assoziiertes Mitglied) für unser Land ergäben. Im grossen Rahmen können jedoch die Grenzen abgesteckt werden.

In *wirtschaftlicher* Hinsicht ist vorauszusehen, dass vor allem die auf die Herstellung von Massenartikeln ausgerichtete Industrie langsam abwandern müsste. Davon ausgenommen blieben jene Zweige, die am Standort der elektrischen Energie (Aluminium, Chemie) oder hochspezialisierter Arbeitskräfte (Uhren) liegen müssen. Auf den dauernden Verbleib aller hochqualifizierter Fachkräfte in unserem Lande könnte allerdings nicht gerechnet werden. Ausgenommen wären auch jene Produktionszweige, die schwere oder voluminöse Konsumgüter herstellen, weil hier Kostennachteile durch die Vermeidung des Transportes umgangen werden könnten.

Durch geeignete Vorbereitung könnte allerdings die Schweiz einen wesentlichen Anteil der wissenschaftlichen Forschung erhalten.

Das würde jedoch drastische Massnahmen, wie weiterer Ausbau der ETH und Spezialisierung der Universitäten voraussetzen. Um diese stark erweiterte wissenschaftliche Forschung könnte sich gewissermassen eine «Prototyp-Industrie» aufbauen lassen.

Gesichert bliebe der Schweiz die Anziehungskraft als Ferienland. Das wäre wohl auf die Dauer in einem voll integrierten Europa unser wichtigster «Rohstoff», was bereits heute durch einen viel stärkeren Schutz des Natur- und Landschaftsbildes berücksichtigt werden müsste.

Endlich wäre unser Land dank seiner zentralen Lage in Westeuropa als Verwaltungsstandort sehr geeignet.

In *politischer* Hinsicht ergeben sich wohl die düstersten Auswirkungen aus einer Vollmitgliedschaft. Im Gegensatz zu den andern Ländern Europas hat die Schweiz nicht eine vorwiegend *repräsentative Demokratie aufgebaut,* wo die Meinungsäusserung des Volkes als Souverän sich auf die *Wahl* von Vertretern ins Parlament beschränkt. Wir habe in unserem Staat eine vorwiegend *direkte Demokratie* verwirklicht, wo das Volk in *Abstimmungen* über Sachfragen entscheidet. Einrichtungen wie Initiative und Referendum würden durch einen Beitritt der Schweiz zur EWG ihres Sinnes beraubt. Das Ergebnis wäre eine Entwicklung in der Richtung einer repräsentativen Demokratie, und damit ginge ein wesentlicher Teil des schweizerischen Staatsgedankens verloren.

Ferner würde durch diese Vollmitgliedschaft die Neutralität hinfällig. Sie läge nicht mehr in der Entscheidungsgewalt von Volk und Regierung.

Endlich müsste die multinationale Einheit der Schweiz langsam verloren gehen. Die Kraft, die vier Sprachgruppen aus drei Kulturkreisen zu einem Staate schmiedete, lag in der Gespaltenheit Europas und im Gegensatz der führenden Mächte. Nun diese zentripetale Kraft langsam schwindet, müssen die zentrifugalen Tendenzen durch politische Grenzen eingedämmt werden, soll die Schweiz nicht in ihre Teile zerfallen.

4. Die historische Entscheidung

Das Bild der Schweiz in einem wirtschaftlich und politisch integrierten Europa sieht neblig aus; es verschwimmt und löst sich schliesslich im Bilde Europas auf. Das wäre hart für ein Volk, das im Lauf von

Jahrhunderten wohl am meisten geopfert hat für die Erhaltung seines Staatsgedankens. Es ist daher begreiflich, wenn die kommende Entscheidung als eine der schwersten zu betrachten ist, die je von Volk und Regierung zu fällen war.

Verbleiben wir ausserhalb der EWG, so isolieren wir uns völlig und müssen den Weg zurück zum spartanischen Lebensstil antreten.

Treten wir der EWG als Vollmitglied bei, so werden die Besonderheiten unseres Landes und seines Gedankens in der europäischen Nivellierung eingeebnet.

Zwischen Isolation und Integration gäbe es den Mittelweg einer Assoziation, zu der unser Land durch seine Regierung die Bereitschaft erklärt hat. Vieles hängt nun ab vom Verständnis, das unserer besonderen Lage entgegengebracht wird. Aber wir müssen uns bewusst bleiben, dass auch diese Assoziation von uns einen teuren Preis erheischen wird.

5. Die falsche Alternative

Ganz entschieden muss vor der Auffassung gewarnt werden, dass die Wahl eigentlich recht einfach sei, weil wir uns bloss zu entscheiden hätten zwischen der Schweiz, wie sie bisher war und bleiben werde, und der Schweiz, wie sie durch Beitritt oder Assoziation gestaltet würde. In dieser Situation wäre die Wahl tatsächlich sehr einfach: keine Rede dann von irgendwelcher Mitgliedschaft zur EWG.

Wenn man sich aber des Grundes für diese *rasche* Integration, nämlich der kommunistischen Gefahr erinnert, so stellt sich die Wahl unter andere Voraussetzungen. Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass uns grosse Aenderungen bevorstehen. Wie es war, wird es nicht bleiben. Tiefgreifende Wandlungen sind unvermeidlich. Es könnte wohl sein, dass wir zwischen EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und RGW (Comecon) zu wählen haben (oder später einmal wünschen müssen, so gewählt zu haben). Denn ohne EWG wäre der Ostblock noch bedrohlicher; ohne Aufgabe von Vorbehalten und Eigenheiten der verschiedenen Mitgliedstaaten gibt es keine EWG. Es wäre deshalb viel für die Aufgabe der schweizerischen Neutralität und den Beitritt als Vollmitglied zu sagen. Wie verhält es sich damit?

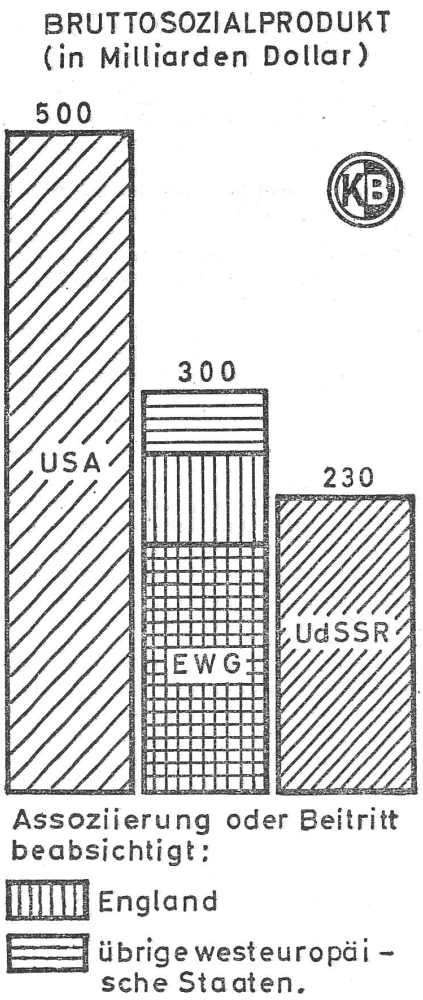
6. Die schweizerische Neutralität

In der Politik dürfen Ziel und Mittel nie ohne tragische Folge verwechselt werden. Die schweizerische Neutralität nun konnte gar nie *Ziel* unserer Aussenpolitik sein. Sie war eines unter mehreren Mitteln, hinter dem das Ziel des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit stand. Ueber Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg erwies sich das Abseitsstehen bei Händeln und Kriegen als das beste Mittel, das hinter ihm stehende Ziel zu verwirklichen. So konnte es geschehen, dass weite Kreise unseres Volkes schliesslich Ziel und Mittel verwechselt und die Neutralität in den Rang eines Zieles erhoben haben. Dadurch erhielt diese Neutralität einen Gefühlswert, der ihr als blosses aussenpolitisches Mittel gar nicht zusteht. Und daher entbehren wir der Anpassungsfähigkeit bei der Wahl aussenpolitischer Mittel.

Die Frage, ob wir neutral sein sollen oder nicht, darf sich nicht allein mit dem Hinweis auf die Tradition beantworten. Diese Frage entscheidet sich aus vorwiegend sachlichen Ueberlegungen. So lange die Neutralität das einzige oder beste Mittel ist, um Freiheit und Gerechtigkeit zu sichern, müssen wir neutral sein. Erweist es sich jedoch, dass andere Mittel geeigneter wären, so müssen wir diese Neutralität ebenso selbstverständlich aufgeben.

Von 1648 bis 1918 war die Neutralität sicher das beste Mittel. Mit der Gründung des Völkerbundes konnte man sich jedoch fragen, ob diese Neutralität noch gerechtfertigt sei. Sie wurde 1920 modifiziert, als die Schweiz dem Völkerbund beitrat. Nachdem aber diese erste weltweite Organisation auch durch die kollektive Sicherheit den Frieden nicht zu bewahren vermochte, war 1936 die Zeit reif, die integrale Neutralität wiederum herzustellen.

Gegen das Ende des Zweiten Weltkrieges wurde mit der Uno ein Organ mit besseren Voraussetzungen als der Völkerbund zur Sicherung des Friedens geschaffen. Damals hätte die Schweiz der Uno durchaus beitreten sollen.



Bruttosozialprodukt von USA, EWG und UdSSR. Veränderung der Lage durch den Beitritt Englands (*) und den Beitritt oder die Assoziierung der übrigen Länder, die darum nachgesucht haben (**).

Aber unter der Last der kommunistischen Gefahr musste auch die Uno scheitern. Seitdem das Machtgleichgewicht offenbar geworden ist, seit dem ungarischen Freiheitskampf im Herbst 1956, frühestens aber seit dem ostdeutschen Aufstand vom 17. Juni 1953, ist die Neutralität wiederum zu befürworten. Aus diesem Grunde kommt für unser Land nur eine Assoziation zur EWG und keine Vollmitgliedschaft in Frage.

7. Der Preis des Abseitsstehens

Die Berufung auf die Neutralität mochte dem Ausland immer wieder als schlechtgetünchter Egoismus erscheinen. In dieser Sicht hielten wir uns «einfach» aus allen Händeln heraus und liessen andere für uns die Kastanien aus dem Feuer holen.

Diese Optik ist naheliegend, aber falsch. Man hat nicht immer den Preis gewürdigt, den wir für unsere Neutralität bezahlt haben: durch die weise Beschränkung auf unsere Grenzen unter Verzicht auf Gebietserweiterungen (Vorarlberg); durch den charitativen und humanitären Einsatz (Rotes Kreuz); und vor allem durch die opfervolle Wehrhaftigkeit (Landesverteidigung). Diesen Preis für ähnliche Ergebnisse zu bezahlen, stand schliesslich jedem Volke offen, war aber wegen der Beschränkung (und oft Beschränktheit) meist erst hinterher anziehend.

Der sichtbarste und einzig umweltbezogene Einsatz war das charitative Hilfswerk, erst die Linderung der Not auf dem Schlachtfeld, auf dem vor hundert Jahren der Gedanke des Roten Kreuzes seinen Ursprung fand, dann geweitet auf den zivilen Einsatz im Rahmen der Katastrophenhilfe. Gerade diese Tätigkeit hat die Glaubwürdigkeit der Schweiz und ihrer Sendung immer wieder untermauert.

Dass unser Land überdies die Friedensinsel zur Anknüpfung neuer Beziehungen darstellte, war eine wichtige und nicht eben leichte Leistung, wie etwa der Fall Bundesrat Hoffmanns zeigte. Hier hat die Schweiz eine besondere Haltung der Sachlichkeit und Ueberparteilichkeit suchen müssen, ohne dass sie in einen verwässerten Neutralismus abglitte, wie sie nur dank langer Erfahrung und besonderer Anstrengung gefunden werden konnte.

Es ist eine würdigenswerte Leistung im Dienste des Völkerrechtes, dass unser Land die Interessen beispielsweise der Vereinigten Staaten, Guatemalas und Argentiniens in Kuba vertritt, jene Australiens, Kanadas, Frankreichs und Grossbritanniens in Syrien, jene Iraks in Frankreich, jene Irans in Israel, jene der Sowjetunion in Irak, jene Togos in Nigeria, jene der Philippinen in Bulgarien. Und es gehört lobenswert in dieses Gesamtbild, dass die Schweiz auch die Interessen der Sowjetunion zu vertreten berufen ist.

Wenn hier auch das Asylrecht erwähnt ist, trotzdem es von den meisten freien Ländern heute ebenso grosszügig gehandhabt wird, und trotzdem wir froh wären, wesentlich mehr getan zu haben, beispielsweise im Hinblick auf die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, so weil auch hier auf besondere Leistungen verwiesen werden kann. Von Alexander Herzen über Ogarjew und Bakunin bis zu Lenin, Sinowjew und vielen andern finden sich russische Emigranten, die Weltberühmtheit erlangten, wie denn unser Land seine

Tore in der jüngsten Vergangenheit auch den ungarischen Freiheitskämpfern weit geöffnet hat.

8. Plädoyer für den Sonderfall Schweiz

Es ist hier bereits die Ansicht vertreten worden, dass die Schweiz in der gegenwärtigen Lage wiederum in der Neutralität das beste Mittel erkennen müsse. Die Gründe dazu sollen sachlicher Art sein und ihre Gültigkeit nicht nur aus dem schweizerischen, sondern ebenso aus dem westeuropäischen wie auch atlantischen Blickwinkel beziehen. Daher sind hier die an sich durchaus beachtenswerten und berechtigten Hinweise auf die innenpolitische Struktur unseres Landes übergangen. Ein Zusammenschluss ist nur dann sinnvoll, wenn er auf gesunden Zellen gründet. Die Integration darf deshalb niemals gesunde Zellen gefährden.

Es steht aber mehr auf dem Spiel. Die heutige Auseinandersetzung ist ein barer Machtkampf wie jede zwischenstaatliche Auseinandersetzung es eh und je war. Im Unterschied zu historischen Beispielen treten aber neuartige Machtfaktoren auf, wie etwa die wissenschaftliche Forschung, die sachliche Aufklärung und die Entwicklungsförderung. Aufklärung und Entwicklungshilfe sind besonders subtile Gebiete, auf denen Quantität weniger wichtig ist denn Qualität. Und darunter ist der Wirkungsgrad zu verstehen.

Die Erfahrung lehrt, dass der Einsatz der Grossmächte eine geringere Wirkung entfaltet als jener kleinerer Länder. Unserer Stimme und unserer Leistung kommt — ohne nationale Ueberheblichkeit — eine grösseres Gewicht zu. Der Grund liegt vorab in unserer gefestigten und bewährten Neutralität, dann in unserer antikolonialistischen Vergangenheit, ferner in der niemand erdrückenden oder gefährdenden Kleinheit unseres Landes, im Ruf schliesslich, den wir uns — zu unrecht oder nicht — erworben haben.

Und hierin, in diesem neuen und grosszügig auszubauenden Einsatz liegt der neue Preis für die alte Neutralität, den wir zu erlegen haben. Das ist die neue umweltbezogene Wirkung, die wir zum Wohle der ganzen freien Welt erbringen müssen, und die wir erzielen können.

Der Wirkungsgrad einer solchen, von der neutralen Schweiz aus erfolgenden Tätigkeit ist so hoch, dass die EWG selbst alles Interesse an dieser Neutralität haben muss. Sie selbst sollte zur Ansicht gelangen, dass eine neutrale, glaubwürdige Stimme geschaffen werden müsste, wenn sie nicht schon in der Schweiz bestünde.

Aber auch in anderer Hinsicht ist die *neutrale Schweiz* für die EWG bedeutungsvoll. Grossunternehmen verlieren die Ueberblickbarkeit. Der Produktionsablauf ist nicht mehr zu kontrollieren. Daher werden «pilot plants» geschaffen, wo im kleinen Massstab die Probleme der Grossproduktion beobachtet werden können. Die Schweiz ist eine «politische pilot plant» vom Vereinigten Europa.

Beim Zusammenschluss unserer Sprach- und Kulturgruppen sind Schwierigkeiten aufgetaucht, vor denen Europa nicht verschont werden wird. Auch die Ueberflutung mit Fremdarbeitern hat bei uns Proportionen erreicht, an die das übrige Europa erst nach Jahren der Integration herankommen wird. Hier können diese Probleme gleichsam im «Laboratorium» untersucht werden, was Schlussfolgerungen für die Schwierigkeiten im europäischen Massstab zulässt. Das ruft geradezu nach der soziologischen Erforschung der Schweiz im Dienste Europas.

So hat denn die EWG selbst alles Interesse an der neutralen Schweiz. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass die Schweiz jene zusätzlichen weltweiten Leistungen erbringt, die allein diese Neutralität unter den heutigen Verhältnissen rechtfertigen: der charitative Einsatz ist durch den sachlichen politischen Einsatz zu ergänzen.

Unser Land wie auch die EWG stehen vor schweren Entscheidungen. Möge den Verantwortlichen Kraft und Kenntnis, Wissen und Weisheit zur richtigen Entscheidung gegeben sein.

Landwirtschaft

Sowjetunion

Schwierigkeiten mit der Brotversorgung?

Seit Wochen widmen alle sowjetischen Zeitungen seitenlange Artikel der Notwendigkeit, sparsam mit Getreide und Brot umzugehen. Das Schwergewicht dieser Kampagne liegt auf zwei Erscheinungen, die offenbar einen Massencharakter angenommen haben. Es handelt sich um die unrechtmässige Aneignung von Getreide in den landwirtschaftlichen Betrieben durch die Kolchosebauern und Sovchosearbeiter sowie um die Verwendung von Brot zur Fütterung von Mastvieh.

Besonders zahlreich sind diesbezügliche Tatsachenberichte in den lokalen Zeitungen; sie werden aber auch von den zentralen Presseorganen in grosser Zahl übernommen. Kleinere Getreidediebstähle sind in den landwirtschaftlichen Betrieben schon immer vorgekommen. Jetzt handelt es sich aber nicht um Kilogramme, sondern um Doppelzentner und Tonnen von Getreide, welche, und das ist besonders wichtig, nicht von Einzelpersonen, sondern von ganzen Brigaden oder grösseren Gruppen von Bauern angeeignet werden.

Mit Entrüstung berichtet die «Pravda» über die Entwendung von Getreide schon auf den Feldern oder dann beim Transport aus den Lastwagen und Eisenbahnwagen. Man spricht bereits vom «Getreidediebstahl durch die Bevölkerung». Dass es sich dabei nicht um gewöhnliche Diebstähle, sondern um eine Art Expropriation oder Selbstbedienung der Bevölkerung handelt, beweist der organisierte Charakter dieser Selbstversorgung. In der Sovchose «Rassvet» wurden 36 Zentner Weizen in der staatlichen Mühle gemahlen und gemäss Weisung des Abteilungsleiters und eines Brigadeleiters verschiedenen Personen ins Haus geliefert. In einer anderen Abteilung dieser Sovchose (in einem anderen Dorf) wurden bei verschiedenen Arbeitern zu Hause 50 Zentner Weizen gefunden. Ein Brigadeleiter verteilte 40 Zentner Getreide an die Mitglieder seiner Brigade. In der Sovchose «Charitonovskij» lieferte der Abteilungsleiter 38 Zentner Getreide an Privatpersonen. In der Sovchose «Komsomolskij» wird das Getreide laut «Pravda» nicht etwa in der Nacht, sondern am hellen Tage ganz offen direkt vom Feld oder von den Dreschmaschinen entwendet. Die humoristische Zeitschrift «Krokodil» schildert mit Krokodilstränen, wie in vielen Gegenden Baschkiriens Kinder und alte Frauen mit Säcken und Eimern zentnerweise das Getreide auf den Feldern und auf den Transportwegen sammeln, ohne sich darum zu kümmern, dass es sich um Kolchosen- oder Staatseigentum handelt. Die Zeitung «Izvestija» berichtet, dass in der Kolchose «Ural» im Gebiet von Kurgan die auf den Feldern zurückgebliebenen Getreidehalme von den Frauen gesammelt, an Ort und Stelle gedroschen und heimgebracht werden.

Es ist auffallend, dass in allen diesen Zeitungsberichten nur getadelt und gerügt wird, das aber die betreffenden Personen nicht bestraft werden. Soll das etwa bedeuten, dass die Zahl dieser Fälle zu gross ist? Eine Erklärung für die starke Zunahme der Getreidediebstähle liegt möglicherweise darin, dass die Getreideernte viel schlechter ausgefallen ist, als erwartet wurde, oder dass sie infolge organisatorischer Mängel nicht im versprochenen Umfang eingebracht werden konnte, was die Bauern nun zwingt, zur Selbsthilfe zu greifen. Ferner wird dadurch wahrscheinlich zum voraus eine Entschuldigung für die kommende Brot- und Fleischknappheit gesucht.

Das zweite Thema, das jetzt von allen Zeitungen behandelt wird, ist die «Verschwendung von Brot und anderen Backwaren» zu Fütterungszwecken. In zahlreichen Zeitungsberichten wird geschildert, wie die Sovchosearbeiter, aber auch Stadtbewohner, grosse Mengen von Brot in den staatlichen Brotläden einkaufen, um die Schweine und andere Haustiere zu füttern. Man spricht von verbrecherischer Brotverschwendung, ohne zu bedenken, dass dieses Brot zu Fleisch wird und dass die Mastviehhaltung niemals so stark verbreitet wäre, wenn die staatlichen Handels- und Versorgungsorganisationen die Bevölkerung normal mit Fleisch versorgt hätten.

Obschon in diesen Zeitungsberichten immer wieder betont wird, dass «wir genügend Brot haben», scheint es doch, dass ihnen eine gewisse Besorgnis über die Brotversorgung zugrunde liegt. Nur so kann man die zahlreichen «Lokalkorrespondenzen» erklären, in welchen die in den Gaststätten und Kantinen abgegebenen Mengen von Brot als zu gross bezeichnet werden. Es muss doch etwas mit der Brotversorgung nicht stimmen, wenn z. B. die Zeitung «Kasachstanskaja pravda» schreibt, dass man zum Frühstück nur ein Stück Brot geben sollte, statt ein ganzes Brotteller auf den Tisch zu stellen.

Viele Zeitungsberichte schliessen mit der Aufforderung, Massnahmen zur Kontrolle des Brotverbrauches einzuführen. «Pravda» schreibt dazu: «In unserem Land gibt es viel Brot. Man sollte es aber sparsam und vernünftig brauchen. Viele Zeitungen schreiben über die Notwendigkeit, Ordnung im Brotverbrauch zu schaffen.» Das klingt ziemlich vielsagend. Steht etwa eine Brotrationierung bevor?

Die ganz Pressekampagne über die Brot- und Getreideverschwendung ist ohne Zweifel ein Anzeichen der bedrohlichen Lage auf dem Gebiet der Brotversorgung.